

Beschluss der Kreiskonferenz  
**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen**  
04. November 2006 in Freiberg

**Gegenstand:**

Die Demografische Entwicklung in Sachsen  
und ihre Konsequenzen

**Antragsteller:**

Landesvorstand

1

2 **Die Demografische Entwicklung in Sachsen**  
3 **und ihre Konsequenzen**

4

5 **Grüne Konzepte bieten konsequente und praktikable Reaktionen auf demo-**  
6 **grafische Entwicklung – Staatsregierung zieht zu wenig Konsequenzen**

7

8 Die demografische Entwicklung macht die politischen Konzepte von BÜNDNIS 90/ DIE  
9 GRÜNEN aktueller denn je. Ob es um eine dezentrale, preiswerte Infrastruktur geht, um  
10 mehr Bürgerbeteiligung, um Gemeinschaftsschulen oder generationenübergreifende  
11 Wohnprojekte oder Stadtentwicklungskonzepte – unsere Ansätze stoßen auf neues  
12 Interesse und Verbündete in Wirtschaft und Bevölkerung. Wir bieten konsequente und  
13 praktikable Handlungsansätze.

14 Grund dafür ist, dass die verfehlte, wachstumsorientierte Politik der sächsischen Staats-  
15 regierung nun auf dem Boden der Tatsachen angekommen ist. Die demographische  
16 Entwicklung in Sachsen und ihre Folgen zählen zu den viel diskutierten Themen unse-  
17 rer Tage. Ministerpräsident Milbradt hat eine Expertenkommission zum Thema einge-  
18 richtet und lässt in wenigen Tagen einen "Demographiegipfel" veranstalten. Während  
19 Georg Milbradt die demographische Entwicklung schon heute als Begründung für künf-  
20 tige Kürzungen anführt, beschwört seine Partei verzweifelt die Trendwende bei der Ge-  
21 burtenentwicklung. Diese Ratlosigkeit ist die Konsequenz der verfehlten Regierungspo-  
22 litik in den 90ern. Die Regierung Biedenkopf gab sich Wachstumsillusionen hin und  
23 setzte völlig überdimensionierte Infrastrukturprojekte durch.

24 Die Folgekosten der Politik aus den 90er Jahren muss nun eine schrumpfende Bevölke-  
25 rung tragen. Eine konsequente Umkehr findet aber immer noch nicht statt. Immer noch  
26 werden zu große Verkehrsbauten teuer weitergeplant; immer noch fehlen die Conse-  
27 quenzen in allen Politikfeldern von der Bildung bis zur Demokratisierung der Gesell-  
28 schaft.

29 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN haben stets vor dieser Entwicklung gewarnt. Auch wenn  
30 inzwischen wichtige Chancen verpasst worden sind, wollen wir den Fehlentwicklungen  
31 der Vergangenheit entgegenwirken, um eine Zukunft in einem lebenswerten Sachsen  
32 zu ermöglichen. Wir treten dafür ein, dass Sachsen die demografische Entwicklung  
33 gestaltet und ihre Chancen erkennt.

34

35

36 **Politik muss den demografischen Wandel gestalten, aber keine Umkehr**  
37 **versprechen**

38

39 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Sachsen stehen für eine Politik, die den demografischen  
40 Wandel gestalten will. Wir wollen, dass sich Politik und Gesellschaft nicht unerfüllbaren  
41 Hoffnungen auf eine Umkehr hingeben und im Erschrecken über die andere Realität  
42 verharren. Die notwendigen, neuen Konzepte zeigen Chancen auf und geben Mut zum  
43 Aufbruch.

44 Der demografische Wandel in Deutschland und Europa ist eine Tatsache. Zu lange hat  
45 ihn die herrschende Politik verdrängt. Im Zentrum der Aufmerksamkeiten steht, dass die  
46 Bevölkerung durch sinkende Geburtenzahlen schrumpft, gleichzeitig im Durchschnitt  
47 aber auch immer älter wird.

48 Die längere Lebenserwartung ist Gewinn und Chance für die Menschen. Der Bevölke-  
49 rungsrückgang insgesamt vorerst nicht aufgehalten werden – eine solche Geburtenquo-  
50 te, die den jetzigen Bevölkerungsstand erhalten würde, wäre utopisch. Die jahrzehnte-  
51 lange Entwicklung, die sich im letzten Jahrzehnt lediglich verschärft hat, ist nicht kurz-  
52 fristig umkehrbar. **Die Landespolitik muss dem demografischen Wandel mit einer**  
53 **gemischten Strategie der Anpassung und der Gegensteuerung begegnen**

54 Wir Grünen wollen auf den demografischen Wandel mit einer ambitionierten Politik des  
55 Gegensteuerns und Anpassens reagieren. Mit so einer gemischten Strategie können  
56 erfolgreich Chancen für unsere Gesellschaft erschlossen werden; bloße Anpassung  
57 wäre Kapitulation. Das setzt voraus, dass Entwicklungen und bisherige Fehler nicht  
58 mehr beschönigt, sondern klar benannt werden.

59 Dringend und viel konsequenter als bisher müssen nun Anpassungsprozesse in Infra-  
60 struktur, Verwaltung, öffentlichen Finanzen sowie der Wirtschafts- und Sozialpolitik ein-  
61 geleitet werden. Doch das genügt nicht zum Gegensteuern.

62 Anpassungsprozesse werden mit schmerzhaften Einschnitten verbunden sein. Die Pla-  
63 nung von Einschnitten hat aber auch zu berücksichtigen, welche Chancen darin beste-  
64 hen, Menschen zum generationenübergreifenden Leben und zum Aufziehen von Kin-  
65 dern zu ermutigen, Abwanderungstendenzen aufzuhalten und Zuwanderung zu ermög-  
66 lichen. Durch die notwendigen, dezentralen Versorgungsformen und den Bedarf nach  
67 veränderter Dienstleistung entstehen Chancen für regionale Wirtschaftskreisläufe und  
68 Arbeitsplätze in Klein- und mittelständischen Unternehmen.

69

70 **Abwanderung der letzten Jahre durch Anreize für junge Menschen und Fa-**  
71 **milien entgegen wirken**

72

73 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Sachsen wollen, dass Sachsen aktiver um junge Men-  
74 schen wirbt. Dieses Werben steht und fällt mit Chancen auf Arbeit besonders außerhalb  
75 der Ballungsräume. Sachsen muss sich darüber hinaus aber auch mit weichen Stand-  
76 ortfaktoren profilieren. Dazu gehören für uns besonders Familiengerechtigkeit, ein vor-  
77 bildliches Bildungssystem, der Erhalt der landschaftlichen Schönheit und preiswerte  
78 Infrastruktur. Die besondere Bevölkerungsentwicklung in allen neuen Bundesländern  
79 und insbesondere Sachsens ergibt sich aus der Abwanderung insbesondere jüngerer  
80 Menschen, die die Ausgangssituation verschärft. Die Landespolitik muss sich intensiv  
81 um "Bleibefaktoren" bemühen, um die Abwanderung aus Sachsen zu begrenzen. Viele  
82 Sächsinen und Sachsen, die den Freistaat aus Gründen der Ausbildung oder des Be-  
83 rufes wegen verlassen haben, würden gerne in ihre Heimat zurückkehren, wenn ihnen  
84 hier neue Chancen geboten werden. Junge Menschen müssen gezielt und bewusst  
85 über die Chancen in ihrer Heimatregion, die sich in einigen Branchen aufgrund des ein-

86 setzenden Fachkräftemangels ergeben, besser aufgeklärt werden. Das für viele selbst-  
87 verständlich gewordene Bild darf sich nicht verfestigen, dass das Verlassen der Heimat  
88 die notwendige Voraussetzung für eine berufliche Zukunft ist (Frauenabwanderung,  
89 Chancen für junge Frauen).

90

## 91 **Zuwanderung als Chance sehen und nutzen**

92

93 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass Sachsen stärker als bisher die Poten-  
94 tiale der Zuwanderung erkennt und bewusst nutzt.

95 Das gilt für die Zuwanderung von Deutschen von außerhalb Sachsens ebenso wie für  
96 Ausländerinnen und Ausländer. Alle Tendenzen der Abschottung sind schädlich für  
97 unser Bundesland. Sachsen muss weltoffener werden, damit Menschen verschiedens-  
98 ter Couleur hier eine neue Heimat finden können. Besonders im Hinblick auf die Bedeu-  
99 tung von Hochschulen und Forschung für die künftige wirtschaftliche Entwicklung gilt  
100 das Gebot der Weltoffenheit: Hochschulen und Forschungseinrichtungen leben von  
101 Austausch und Internationalität.

102 Die erfolgreiche Integration von ausländischen Zuwanderinnen und Zuwandern ist dabei  
103 entscheidend. Zuwanderer brauchen in Sachsen reale Chancen auf Qualifizierung, be-  
104 ruflichen und unternehmerischen Erfolg. Sie können Sachsens Kultur bereichern und  
105 müssen ein aktiver Teil der sächsischen Gesellschaft und des demokratischen Ge-  
106 meinwesens werden.

107

## 108 **Kinderfreundlichkeit bleibt zentrale Aufgabe**

109

110 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sehen Kinderfreundlichkeit vom Umweltschutz bis zur  
111 hochwertigen Kinderbetreuung seit vielen Jahren als zentrale, politische Aufgabe. Die  
112 Entwicklung gibt uns Recht und zeigt, dass Kinderfreundlichkeit zum wichtigen Stand-  
113 ortfaktor wird. Selbstverständlich kann eine verbesserte Kinderbetreuung allein den  
114 demografischen Wandel in Sachsen nicht aufhalten. Trotzdem bleibt eine kinderfreund-  
115 liche Politik eine wichtige Aufgabe, um die negative Entwicklung abzufedern.

116 Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Konkurrenz um Fachkräfte, ist zu beachten,  
117 dass eine überdurchschnittlich gute Kinderbetreuung für viele qualifizierte Arbeitnehme-  
118 rinnen und Arbeitnehmer einen wichtigen Faktor bei der Entscheidung darstellt, wo sie  
119 sich niederlassen. Für die Ansiedlung von Betrieben wird neben der übrigen Infrastruk-  
120 tur wichtig sein, inwiefern Kommunen dazu beitragen, ihren Mitarbeitern eine gute Ver-  
121 einbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen – so können z. B. durch betrieblich  
122 unterstützte Kinderbetreuung Anreize für Fachkräftezugewinn geschaffen werden. Für den  
123 von uns angestrebten Rechtsanspruch auf eine kostenlose Kinderbetreuung mit  
124 Rechtsanspruch ab einem Jahr sollten geeignete Formen für ländliche Räume mit we-  
125 nig Kindern gefunden werden (hochwertige Tagespflege, Mehrfachnutzung von öffentli-  
126 chen Räumen mit kurzen Wegen u. ä.).

127 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN stehen für eine emanzipative Familienpolitik, die es Men-  
128 schen ermöglicht, ihre eigenen Kinderwünsche zu realisieren. Wir wollen aber keine  
129 Plansollzahlen aufstellen, die in der Bevölkerungsentwicklung erfüllt werden sollen. Eine  
130 emanzipative Familienpolitik trägt auch dem Umstand Rechnung, dass es Formen des  
131 Lebens mit Kindern jenseits des traditionellen Verständnisses von Ehe gibt. Jede dieser  
132 Formen sehen wir als Familie.

133 Anstelle der steuerlichen Subventionierung der Ehe wollen wir ein individuelles Besteuer-  
134 ungsmodell, dass Familien aller Art zugute kommt (Individualbesteuerung). Die Forde-

135 rung der sächsischen CDU nach einem Familiensplitting ist ein erster Schritt in die rich-  
 136 tige Richtung. Die CDU hat sich aber nicht zu Konsequenz durchringen können: immer  
 137 noch kommt der Hauptteil der steuerlichen Subventionen Eheleuten zu und eben nicht  
 138 den Leistungen für Kinder.

139 Weitere, wichtige Rahmenbedingungen sind das Vermeiden von Kinderarmut, mehr  
 140 Möglichkeiten für begleitende Bildung der erziehenden Eltern und ein datenschutzge-  
 141 rechtes Frühwarnsystem für vernachlässigte Kinder. Mit geeigneten Unterstützungssys-  
 142 temen müssen ggf. weg brechende familiäre Bindungen ausgeglichen und der Aus-  
 143 tausch verschiedener Generationen gefördert werden. Stärker als bisher muss der Frei-  
 144 staat für familiengerechte Arbeitsweisen und Ausbildungsformen eintreten als bisher.

145

## 146 **Die Gleichstellungspolitik steht im Zentrum der Strategie**

147

148 Für BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Sachsen steht Gleichstellungspolitik im Zentrum  
 149 aller Strategien im Umgang mit dem demografischen Wandel

150 Die Abwanderungsprobleme Sachsens liegen besonders Maße im Weggehen junger  
 151 Frauen begründet. Deren Kinder werden dann außerhalb Sachsens geboren, was den  
 152 negativen Effekt verstärkt. Deshalb müssen beruflichen Chancen junger Frauen ver-  
 153 bessert und vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleistet werden.  
 154 Gleichzeitig wollen wir die Chancen von Männern, einen eigenen Anteil an Kindererzie-  
 155 hung und Familienarbeit zu haben, verbessern. Beide Geschlechter müssen die Mög-  
 156 lichkeit haben, sich ihre Kinderwünsche zu erfüllen und in einer selbstbestimmten Form  
 157 der Familie zu leben.

158 Das familienpolitische Leitbild, die Frauen an den Herd zurückdrängen wollen und al-  
 159 leinverantwortlich für Geburtenraten und Kindererziehung machen wollen, lehnen wir  
 160 ab. Die Realität zeigt, wie überholt solche Bilder sind und dass sie in unserer Gesell-  
 161 schaft nicht mehr Kinder bringen.

162 Wir Grünen stehen für echte Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowohl für  
 163 die Familienarbeit als auch für die beruflichen Chancen. Voraussetzung hierfür ist auch  
 164 die gleichberechtigte, differenzierte Bildung und Förderung beider Geschlechter von der  
 165 Kindheit an bis ins hohe Alter. Hierzu gehören Maßnahmen, die Mädchen und Frauen  
 166 den Einstieg in technische Qualifikationen und hoch bezahlte Führungsberufe erleich-  
 167 tern. Sächsische Arbeitgeber müssen bestehende Vorbehalte in diesem Bereich ab-  
 168 bauen.

169 Ebenso sollen Jungen in ihrer frühkindlichen und sozialen Entwicklung angemessen  
 170 gefördert werden; hierzu befürworten wir einen breiteren Einstieg von Männern in die  
 171 Erziehungsberufe des Kindergarten und Grundschulalters.

172

## 173 **Hervorragende Bildungsangebote sind Schlüsselressource für Sachsen**

174

175 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sehen in einem modernen Bildungssystem eine Schlüssel-  
 176 ressourc für die Entwicklung Sachsens. Es muss erstklassige Angebote mit hohen  
 177 Bildungsstandards für alle Altersgruppen enthalten, um langfristig zukunftsfähig zu blei-  
 178 ben. Erhalten Kinder keine optimale Schulbildung, wird sich der Fachkräftemangel ver-  
 179 schärfen, der aufgrund der demografischen Entwicklung jetzt schon abzusehen ist. Das  
 180 führt zu Betriebsschließungen, zur Abwanderung von Arbeitgebern und somit zu einer  
 181 Chancenverschlechterung für alle, die in weitere Abwanderung münden wird. Die durch  
 182 den demografischen Wandel entstehenden, neuen Nachfragen könnten nicht unter-  
 183 nehmerisch umgesetzt werden und zum Entstehen neuer Arbeitsplätze führen.

184 Eine Politik des simplen Streichens und Sparens würde also eine negative Entwick-  
185 lungsspirale verursachen. Der Schul- und Bildungspolitik kommt somit eine wichtige  
186 Funktion des Gegensteuerns zu. Daran schließt auch die Bedeutung der Hochschul-  
187 und Forschungspolitik an: Hochschulen und Forschung halten junge Menschen im Land  
188 und von ihnen gehen langfristige wirtschaftliche Impulse aus. Sachsen muss die Chan-  
189 ce einer überproportionalen Ausbildung von Studentinnen und Studenten nutzen und  
190 darf nicht mit einem einfachen Studienplatzabbau auf sinkende Absolventenzahlen in  
191 Sachsen reagieren. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN fordern einen Hochschullastenaus-  
192 gleich. Dies liegt auch im Interesse der alten Bundesländer, welche für ihre Absolventen  
193 nicht genügend Studienplätze anbieten können. Vor dem Hintergrund der demografi-  
194 schen Entwicklung ist die Studiengebührenfreiheit des Erststudiums ein wesentlicher  
195 Standortvorteil, an dem festgehalten werden muss.

196 Das vorhandene Schulsystem führt zu einer Politik der Schulkonzentration und der  
197 Schulstreichungen. Die verheerenden Folgen sind bekannt, besonders – aber nicht nur  
198 – im ländlichen Raum. Hier bietet das Gemeinschaftsschulmodell besonders gute päd-  
199 dagogische Alternativen. Diese müssen jedoch jetzt erschlossen werden um sich in der  
200 kommenden Entwicklung auswirken zu können – die Einführung der Gemeinschafts-  
201 schule darf nicht länger verzögert werden.

202 Anstelle zentralisierter Schul-„Kombinate“ präferieren wir Grünen im ländlichen Raum  
203 kleine Schulen als Ort des öffentlichen Lebens. Diese Schulen können auch von Kultur-  
204 vereinen und Bürgerinitiativen, älteren Menschen und Familien sowie als Anlaufpunkt  
205 der Verwaltung mit genutzt werden können.

206

## 207 **Öffentlichen Finanzen „demografiefest“ machen**

208

209 Wir Grünen stehen für eine konsequente Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, um  
210 die Folgen der demografischen Entwicklung für die Bevölkerung abzufedern.

211 Denn derzeit führt die demografische Entwicklung dazu, dass die Pro-Kopf-  
212 Verschuldung aufgrund einer geringeren Anzahl von Einwohnerinnen und Einwohnern  
213 steigt. Verbesserte Produktivität und Wachstum können diese Entwicklung vielleicht  
214 teilweise kompensieren, aber die Regression des Solidarpaktes II wird die finanzielle  
215 Lage Sachsens automatisch verschlechtern. Vor diesem Hintergrund sind große Ein-  
216 sparungen unumgänglich. Das bedeutet, dass überprüft werden muss, welche Kosten  
217 sich durch den demografischen Wandel erübrigen können. Gleichzeitig ist zu beachten,  
218 dass Verwaltungsaufwand und Infrastrukturkosten „pro Kopf“ bei einer schrumpfenden  
219 Gesamtbevölkerungszahl sich erhöhen werden. Verwaltungsabbau ist durch erhöhte  
220 Verwaltungseffizienz zu ermöglichen; hierzu muss die Verwaltungsmodernisierung in  
221 Freistaat und den sächsischen Kommunen vorangetrieben werden.

222

## 223 **Die Infrastrukturen müssen der Realität angepasst und dabei dezentral und** 224 **preiswert gestaltet werden**

225

226 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN fordern, dass die sächsische Regierung endlich ein Um-  
227 denken in der Infrastruktur einleitet. Jedes überdimensionierte System führt bei zurück-  
228 gehenden Einwohnerzahlen und geringeren Auslastungen zu höheren Pro-Kopf-Kosten  
229 – und diese sind teilweise bereits jetzt drastisch.

230 Beim Ausbau von Infrastruktur muss die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung be-  
231 rücksichtigt werden. Vor allem etliche Verkehrsprojekte sowie die Förderpolitik des Frei-  
232 staates im Verkehrsbereich müssen einer kritischen Überprüfung unterzogen werden.  
233 Angesichts mittelfristig nicht umkehrbarer realer Schrumpfungsprozesse müssen die

234 wachstumsorientierten Vorstellungen der Kohl-Biederkopf-Ära zu den Akten gelegt wer-  
235 den. Hier ist Ehrlichkeit angesagt: die Realität zeigt, dass überdimensionierte Infrastruk-  
236 tur kein Wirtschaftswachstum nach sich gezogen hat.

237 In Bereichen wie der Energie-, Wärme- und Wasserversorgung und der Abwasserent-  
238 sorgung muss viel stärker als bisher nach dezentralen Lösungen gesucht werden. Re-  
239 gionale Energiekonzepte unter stärkerem Einsatz regenerativer Energien müssen ent-  
240 wickelt werden. So können die natürlichen Ressourcen geschützt und die Ver- und Ent-  
241 sorgung umweltfreundlich gemacht werden. Diese Branchen sind arbeitsplatzintensiv  
242 und erzeugen Arbeitsplätze auch in dünner besiedelten Regionen.

243

## 244 **Neue Ansätze in Verkehrspolitik sowie Regional- und Stadtplanung**

245

246 Für neue Konzepte treten BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN auch in der Verkehrspolitik und  
247 in der Planung ein. Neue Mobilitätskonzepte bedarf es besonders für den ländlichen  
248 Raum. In den Ballungsräumen müssen die Grundsätze der Innen- vor Außenentwick-  
249 lung konsequenter umgesetzt werden.

250 Wir halten den derzeit im Öffentlichen Verkehr schon jetzt praktizierten Angebotsabbau  
251 wegen sinkender Nachfrage in den ländlichen Räumen für den falschen Weg. Öffentli-  
252 cher Verkehr ist ein Standortfaktor – nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für eine  
253 kinderfreundliche Gesellschaft. Er wird in der Fläche künftig bei steigenden PKW-  
254 Haltungskosten und sinkenden Einkommen eine größere Bedeutung als Daseinsvor-  
255 sorge bekommen. Hier stößt klassische Linienverkehr mit großen Fahrzeugeinheiten an  
256 seine wirtschaftlichen Grenzen.

257 Neben einer Stärkung von Bahn und Bus zwischen den zentralen Orten kann eine kon-  
258 sequente Umstellung auf flexible Bedienungsformen wie Anruf-Sammel-Taxis u. ä. die  
259 notwendige Mobilität kostengünstig in der Fläche sichern.

260 Dieses muss durch neuartige, alternative Bedienungsformen, wie z.B. Bürgerbusse mit  
261 ehrenamtlichen Fahrern und die Integration vorhandener Fahrten des sozialpflegeri-  
262 schen Dienstes ergänzt werden. Konzepte zur Verkehrsvermeidung (Ladenaus- regio-  
263 nale Wirtschaftskreisläufe) und Fahrgemeinschaften/lokale Mitfahrzentralen sollen Be-  
264 standteile eines alternativen Mobilitätskonzepts sein. Für solche Konzepte wird bei der  
265 öffentlichen Hand bislang kaum vorgedacht; dieses sollte in nächster Zeit durch den  
266 Freistaat und die kommunalen Zweckverbände speziell gefordert und gefördert werden.

267 Die Strategie, durch zusätzlichen Straßenbau zu den Ballungsräumen Pendlerbewe-  
268 gungen zu unterstützen, ist kontraproduktiv. Die Entwicklung des Benzinpreises wird  
269 außerdem dazu führen, dass dieses Rezept zu dem bereits bekannten Ergebnis führen  
270 würde: es würden Straßen gebaut, die kaum befahren werden, aber von allen bezahlt  
271 werden müssen.

272 Urbane Verdichtung begünstigt die Schaffung und den Erhalt effektiver Infrastrukturen.  
273 Deshalb muss der Suburbanisierung und Zersiedlung entgegengewirkt werden; der  
274 Grundsatz der Innen- vor Außenentwicklung muss daher in allen Planungen des Frei-  
275 staates Sachsen vom Landesentwicklungsplan bis in die kommunale Bauleitplanung  
276 untersetzt zu werden.

277 Beim Stadtumbau müssen die Auswirkungen auf bestehende Infrastrukturnetze und  
278 Folgekosten berücksichtigt werden. Neben dem "Rückbau" von Gebäuden muss zu-  
279 nehmend der Umbau von technischer Infrastruktur gefördert werden. Anpassung muss  
280 zunehmend zum Schwerpunkt von Förderpolitik werden.

281 Urbane Verdichtung begünstigt die Schaffung und den Erhalt effektiver Infrastrukturen.  
282 Deshalb muss der Suburbanisierung und Zersiedlung entgegengewirkt werden; der  
283 Grundsatz der Innen- vor Außenentwicklung muss daher in allen Planungen des Frei-

284 staates Sachsen vom Landesentwicklungsplan bis zu in die kommunale Bauleitplanung  
285 untersetzt zu werden.

286

## 287 **Eine neue Politik für die Alten wird die Entwicklung Sachsens stärken**

288

289 Wir fordern eine konsequentere Orientierung aller politischen Entscheidungen auf die  
290 Bedürfnisse älterer Menschen. Wir sehen unsere Gesellschaft als Mehrgenerationen-  
291 haus, in dem die einzelnen Generationen stärker als bisher gemeinsam leben und – zu  
292 ihrem Nutzen – miteinander kommunizieren können sollen. Ein altengerechtes Sachsen  
293 stärkt auch die Potentiale unseres Bundeslandes im überregionalen Standortwettbe-  
294 werb. Alte Menschen sind teilweise wohlhabend und werden zu immer größeren Teilen  
295 noch beruflich und wirtschaftlich tätig sein und Steuern zahlen. Sie wollen wir einladen,  
296 ihren Wohnsitz in Sachsen zu nehmen.

297 Mit der Alterung der gesamten Gesellschaft werden die vielfältigen, besonderen Be-  
298 dürfnisse und Interessen älterer Menschen eine größere Rolle spielen. Mobilitäts- und  
299 Mehrfachbehinderungen werden stärker in Erscheinung treten, aber auch fitte ältere  
300 Menschen wollen in das öffentliche eingebunden werden.

301 Politik für alte Menschen kann daher nicht allein die "Altenhilfepolitik" sein – wenn auch  
302 für viele gebrechliche, hilfs- und pflegebedürftige Alte ein Altern in Würde garantiert  
303 werden muss. Neben dieser großen Herausforderung steht die Aufgabe, alten Men-  
304 schen eine umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Öffentli-  
305 che und private Einrichtungen von der Verwaltungsstelle bis zum Einkaufs- und Dienst-  
306 leistungsangebot werden in zunehmendem Maße barrierefrei und altengerecht zu ges-  
307 talten sein. Die Nutzung von Internetangeboten für die gesellschaftliche Teilhabe muss  
308 für alternde Menschen erleichtert werden.

309 Mitentscheidend für die Qualität und Selbstbestimmung des Lebens im Alter wird die  
310 Gesundheitsvorsorge sein. Stärker als bisher sollte daher individuelle Vorsorge ange-  
311 regt und die Nutzung von Selbsthilfeangeboten erleichtert werden.

312

## 313 **Bürgerbeteiligung wird wertvoller denn je**

314

315 Unsere urgrünen Forderungen nach besserer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger  
316 gewinnen durch den demografischen Wandel eine neue Dimension. Die notwendigen  
317 Reaktionen auf den demografischen Wandel können nur mit einer Politik Auge in Auge  
318 mit der Bevölkerung und mit ehrlichen Problemanzeigen bewältigt werden. Bürgerschaft-  
319 liches Engagement wird aufgrund der schwieriger werdenden infrastrukturellen und fi-  
320 nanziellen Bedingungen zunehmend staatliches Handeln ergänzen müssen. Politik  
321 muss bürgerschaftliches Engagement ermutigen und ihm optimale Rahmenbedingun-  
322 gen schaffen.

323 Das ist nicht ohne eine bessere demokratische Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern  
324 möglich – in der Kommunalpolitik und allen anderen politischen Handlungsfeldern.

325 Bürgerinnen und Bürger sollen nicht nur angehört, sondern auch direkt an Meinungsbil-  
326 dungen und Entscheidungen beteiligt werden. Wichtig wird sein, dass gesellschaftliche  
327 Teilhabe von Gruppen erhalten bleibt, die durch den demografischen Wandel isoliert zu  
328 werden drohen - z.B. der älterer Menschen in sich entvölkernden Landstrichen.

329 Wir sehen Bürgerbeteiligung als wichtigen "Bleibefaktor": wo Menschen selbstbestimmt  
330 ihr Leben und Zusammenleben gestalten können, wird regionale Identität gesichert,  
331 statt nur beschworen.

332 In vielen Bereichen wird Verwaltung aus Kostengründen abgebaut werden müssen.  
333 Damit ist die Aufgabe der Neugestaltung verbunden: Beratung wird zunehmend Verwal-  
334 tung ersetzen müssen. Land und Kommunen werden immer öfter von der Verarbeitung  
335 zur Weitergabe von Informationen übergehen müssen. Diesen Prozess gilt es nicht nur  
336 im Sinne der Kostenersparnis zu gestalten, sondern auch mit dem Ziel von mehr Demo-  
337 kratie, Bürgerbeteiligung, Transparenz und Selbstbestimmung. Wir fordern daher im  
338 Zusammenhang mit der Verwaltungsreform konkrete Ansätze für ein Verwaltungsange-  
339 bot in der Fläche und eine Demokratisierung der Gemeindeordnung.

340

341 **Regionale Differenzierung ist notwendig, Kommunen dürfen nicht allein ge-**  
342 **lassen werden**

343

344 Auch wenn eine allgemeine Richtung der demografischen Entwicklung erkennbar ist,  
345 darf die Politik nicht von pauschalen Bewertungen ausgehen. Schwierig und notwendig  
346 ist, dass regionale Differenzen berücksichtigt werden, um zielgenaue Antworten zu fin-  
347 den. Metropolen sind vom ländlichen Raum zu unterscheiden, regionale wirtschaftliche  
348 Strukturen und Entwicklungen sind zu berücksichtigen, wie geografische Lagen - z.B. in  
349 den Grenzgebieten. Die Faktoren, die regionale Entwicklungen prägen werden, sind  
350 wirtschaftlicher, sozialer, aber auch kultureller Natur. Daraus sind regionale Strategien  
351 innerhalb eines breiten Spektrums von Handlungsoptionen abzuleiten. Dieses Hand-  
352 lungsspektrum wird von der Möglichkeit, gegebenen positiven Entwicklungen Kontinuität  
353 zu verleihen, über radikale Umorientierungen bis zur Notwendigkeit, vor Ort einen kom-  
354 pletten Neubeginn zu wagen, reichen.

355 Hauptakteurinnen im demografischen Wandel sind die sächsischen Kommunen. Diese  
356 dürfen nicht – wie bisher – von der Staatsregierung allein gelassen und mit kontrapro-  
357 duktiven Förder- und Politikansätzen gebremst werden. Stattdessen sollte die Staatsre-  
358 gierung die kommunale Politik mit einer intensiven Beratung zu allen Fragen der demo-  
359 grafischen Entwicklung begleiten und vorbildliche Beispiele im kommunalen Standort-  
360 wettbewerb besonders würdigen und fördern.